



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/106

9. Mai 1950

Hinweis
auf den Inhalt:

Der Sinn der Selbstkritik	
Zermürbungsmethoden in der Ostzone	S.1
Radio Prag braucht Mitarbeiter	
Ehemaliger US-Oberst im tschechischen Rundfunk	S.3
Marburger Episode	
Die Entwicklung im studentischen Gemein- schaftsleben	S.4
Selbst für Freunde zuviel - CDU-Zeitungen zu "Kieler-Nachrichten"-Affäre	S.6
Der Sinn der Selbstkritik	

A.D. Die Begriffe "Kritik" und "Selbstkritik" als Diskussionsgrundlage jeder Versammlung der SED und der von ihr gelenkten Massenorganisation sollen auch ein Bestandteil der sogenannten Nationalen Front werden. In den Westzeitungen der KP erscheinen diese Begriffe als Ausdruck und Beispiel einer inneren Parteidemokratie. Jeder einigermaßen orientierte Mensch weiß aber, dass die grosse Linie der kommunistischen Parteien unabdingbar von Moskau befohlen wird und jede nur geringste Abweichung schlimmste Folgen nach sich zieht. Die Kommunisten werden deshalb nur solange demokratisch sein, im Sinne der westlichen Auffassung, solange nicht Sowjetbajonetts dahinterstehen.

Das beste Beispiel bietet die Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone. In der Westzone hat man kaum eine rechte Vorstellung von dem Ablauf dieser Zwangseinrichtung "Kritik" und Selbstkritik". Jedes Abweichen von der verordneten Parteilinie kann im Westen, wo der Arm der Geheimpolizei nicht hinreicht, schlimmstenfalls den Ausschluss aus der betreffenden Organisation zur Folge haben. Und

trotzdem kann der Betreffende noch seine Arbeit im Betrieb oder im Büro usw. behalten, er kann gegen jede ungerechte Verleumdung oder

Verdächtigung ein ordentliches Gericht anrufen, ein Arbeitsgerichts-
urteil herbeiführen oder den Betriebsrat einschalten, auf gut

Deutsch sein Recht verlangen, ohne dass ihm etwas passiert. In der
Ostzone, wo die Betriebsräte abgeschafft, Arbeits- und zivile Gerich-

te mit von parteibeauftragten Leuten besetzt sind, ist schon der
Versuch, die Generallinie zu kritisieren, äusserst gefährlich. Eine

ganze Armee von Polit-Instrukteuren, Kontrollkommissionen, Spitzeln
usw. jagen jeden unweigerlich entweder zum "Bekenntnis der Irrungen"

oder machen ihn reif für den Ausschluß.

Ist dieser perfekt geworden, so hat der Betreffende keine
Möglichkeit, an seiner Arbeitsstelle bleiben zu können, nur Flucht

oder Liquidierung bleiben ihm. Die Betriebsgewerkschaftsleitung der
SED brandmarkt den aus einer Blockpartei Ausgeschlossenen automa-

tisch als Saboteur und Staatsfeind. Selbst gute Freunde müssen sich
aus Angst um die eigene Sicherheit distanzieren, um nicht in den

Geruch zu kommen, mit einem Klassenfeind zu sympathisieren. Kein
Volksrichter wird, wenn die Partei ein Urteil gesprochen hat, wagen,

Recht zu sprechen, kein Rechtsanwalt wird gegen den Spruch der Par-
tei eine Verteidigung übernehmen. So werden besonders ehemalige

SED-Mitglieder als "Schumacher-Spione" entlarvt und alte Kommunisten,
die anständig geblieben sind, als Verräter und "Titoanhänger" aus-

generiert.

Kritik und Selbstkritik bedeuten eben nur die Zulassung einer
Selbsterfleischung, um der Besatzungsmacht und ihren deutschen Be-

auftragten "Material" zum Abschießen unbequemer Politiker zu lie-
fern. Kein Westzonenbewohner darf den Kampf zwischen Arbeit und

Kapital, wie er sich hier abzeichnet, mit dem Geschehen in der Ost-
zone auch nur annähernd gleichsetzen. Tut er es dennoch, so hat er

den Sinn des Bolschewismus nicht erfasst und eine zu späte Erkennt-
nis wäre nicht wieder zu korrigieren.

Radio Prag braucht Mitarbeiter

Prag, im Mai

sp. Während im Monat Tausende aus dem Osten durch den Eisernen Vorhang entfliehen, sind gegenteilige Erscheinungen rar. Erst in

der letzten Zeit kann man einige Fälle verzeichnen, die auf die in den USA laufenden Untersuchungen gegen "kommunistische Umtriebe" in

der Staatsführung" zurückgehen. Alle nach dem Osten Flüchtenden werden sofort in den Dienst der Kominform-Propaganda gespannt. Die be-

kanntesten unter ihnen sind der aus der Besatzungsarmee desertierte Negersoldat Robeson, der zur Zeit von einer kommunistischen Versamm-

lung zur anderen geschleppt wird, die kleine Beamtin A.Rides vom britischen Kulturrat in Prag, der Leiter einer gleichen Stelle,

George Bidwell in Warschau und der britische Journalist Archibald Johnson in Moskau.

Den "prominentesten" Überläufer erbten die Kommunisten an der Moldau in der Person des einstigen Obersten George S.Wheeler samt

Frau und Kindern. Wheeler gehört zu dem Personenkreis, der in den letzten Kriegsjahren die Grundlagen zu der ursprünglichen Besatzungs-

politik verankerte. Seit 1934 war er im Staatsdienst tätig, zuerst im Arbeitsministerium, um dann im Amt für die Kriegsproduktion die

nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen. 1944 beteiligte er sich im Auftrage des Aussenministeriums am Ausbau der Richtlinien des Morgen-

thauplanss. Nach einem längeren Abschnitt in London wurde er zu Kriegsende nach Deutschland versetzt und zwar als Chef des Arbeits-

Denazifizierungsamtes (Denacification branch of Manpower division). In dieser Funktion, mit dem Titel eines Oberst, war er auch Mit-

glied der Kommission der Besatzungsmächte. 1947, als seine kommunistischen Beziehungen rüchbar wurden, entzog er sich einer Unter-

suchung durch die Flucht nach Prag, um, wie er jetzt sagt, das "System der Planwirtschaft" zu studieren. Obwohl die Umstände seiner

Flucht bekannt sein mussten, konnte er sich in Prag die Berichterstattung für den "National Guardian" sichern, während seine Frau

bis vor kurzem noch als Korrespondantin der "Religions News Service" tätig war. Offenbar waren diese Stellungen nicht mehr zu halten,

weshalb Wheeler die Karten offen auf den Tisch legte und sich mit seiner Frau dem kommunistischen Rundfunk zur Verfügung stellte.

Whealers Erklärungen erschöpften sich zum Grossteil in Beschuldigungen führender Besatzungspolitikern, die ihn gehindert hätten, im

Sinne der Potsdamer Beschlüsse und der ihm ursprünglich erteilten Aufträge, die Entnazifizierung der Wirtschaft durchzuführen. Er

zitierte einen von ihnen mit dem Ausspruch: "Ewig schade, daß wir nicht ganze Arbeit gemacht haben und gleich weiter bis Moskau mar-

schiert sind", um auf dieser Äusserung fussend den Beweis zu ver-

suchen, dass in Deutschland an Stelle der Gauleiter Hitlers nun die Gauleiter der Wallstreet getreten seien, die auf die Remilita-

rung des Landes hinarbeiten und hier die Zentrale für den Spio-

nagedienst gegen die Sowjetunion und die "Volksdemokratien" errichteten. Seine weiteren Vorträge über Marshallplan, Atlantikpakt

und seine sonstigen "Enthüllungen" schliesst er mit dem Geständnis, daß er sich "stolz und gern in das Lager des Friedens und Fort-

schritts" gemeldet habe. Wheeler wurde, was nicht verwundert, vom tschechischen Propagandaminister begeistert aufgenommen: Um die Be-

deutung Wheelers zu erhöhen, wird ohne jede Sachkenntnis erklärt, dass er jährlich eine halbe Million Dollar, das höchste Gehalt nach dem Chef der Besatzungsmacht, bezogen habe.

Marburger Episode

Von Rolf Fabst

In der Zeitung der kleinen romantischen Universitätsstadt Marburg an der Lahn konnte man vor einigen Tagen eine "Familienanzeige"

lesen, die dem unbefangenen Leser unverständlich bleiben musste. Sie lautete:

Statt besonderer Anzeige:

Ich habe mich endgültig von meinem CHATTEN getrennt.

Corona Acamarb

P.S. Es kam soweit, weil ich ein altägyptisches, von seinem alten Herrn über alles geschätztes, buntes Mützchen nicht aufsetzen wollte.

Hinter dieser originellen Anzeige verbirgt sich folgender Vorgang:

Die studentische Verbindung CORONA ACADEMICA MARBURGIENSIS hat sich gespalten und die Mehrheit der Mitglieder hat sich von der Traditions-Altherrenschaft, den Chatten, wieder getrennt. Diese hatte gefordert, dass bei den Zusammenkünften die alten studentischen Farben der Chatten sowie Mütze und Cerevis getragen und die alte Rangordnung vom Fuchs bis zum Fuchsmajor wieder eingeführt wird. Die Mehrheit der aktiven Verbindungsmitglieder lehnte diese Forderungen ab, sie trennte sich von der Altherrenschaft und verlor damit das dieser gehörende Verbindungshaus und die finanzielle Unterstützung der Alten Herren.

Auch in anderen Universitätsstädten können ähnliche erfreuliche und andere unerfreuliche - Entwicklungen beobachtet werden. Nirgends aber fallen alle diese Vorgänge so ins Auge wie in dem kleinen Marburg, nirgends kann man die Entwicklung des studentischen Lebens so genau verfolgen wie hier. Man sieht bereits wieder Studenten mit frischen Schmissen, man hört davon, dass in Verbindungshäusern in den letzten Wochen 140 Säbel und Degen von der Polizei beschlagnahmt wurden, es gibt bereits wieder "Kneipkomment", "Biierverschiss" usw. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den Einfluss der "Alten Herren" zurückzuführen.

Als 1946 die ersten studentischen Vereinigungen lizenziert wurden, da waren die Studenten zum grossen Teil bemüht, eine neue, den Zeitumständen entsprechende Form des studentischen Gemeinschaftslebens zu finden. Die meisten von ihnen hatten den Krieg erlebt und hatten genug vom Kommandieren und Gehorchen. Aber diese Gemeinschaften hatten keine Räume, in denen sie sich treffen konnten, es fehlte ihnen der notwendige finanzielle Rückhalt, was sich besonders nach der Währungsreform schmerzlich bemerkbar machte. Da tauchten die "Alten Herren" als "rettende Engel" auf. Sie hatten das, was den jungen Studenten fehlte und sie konnten auch sonst helfend unter die Arme greifen. Sie forderten dafür, dass man die von ihnen so geliebten alten Sitten, die Farben und die Tradition ihrer Verbindung, den Kneipkomment, sowie den Ehrenkodex wieder einführt. Da in einigen Verbindungen inzwischen die vielen studierenden ehemaligen Offiziere, denen ihr einstiges Kom-

mandieren noch immer als der Inbegriff des Lebens erschien, Einfluß gewonnen hatten, konnten die alten Herren oft ihre Wünsche ohne großen Widerstand durchsetzen.

In anderen Verbindungen begannen zähe Kämpfe, die zum Teil zu einer Spaltung führten. In manchen Fällen dauern die Kämpfe noch an.

Sicher ist, dass trotzdem die Verbindungen mit den reaktionären Tendenzen langsam das Oberwasser gewinnen. Schon auf Grund des starken

finanziellen Rückhaltes durch die "alten Herren". Und leider ist bisher von der Regierung - und nur in wenigen Fällen von der Universität

etwas getan worden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Selbst für Freunde zuviel

sp. Zwei Wochenschriften, die der CDU oder doch weiten Kreisen dieser Partei besonders nahe stehen, der "Rheinische Merkur" in Koblenz und das "Sonntagsblatt" in Hamburg, nehmen zur Korruptionsaffäre dreier maßgebender CDU-Politiker in Schleswig-Holstein in auffallender Weise Stellung.

Der "Rheinische Merkur", bekannt für seine oft fast krankhaft zu nennende Abneigung gegen alles, was nur von ferne mit der SPD zu tun hat, schreibt u.a.:

"Die erhobenen Vorwürfe sind so ungeheuerlich, daß die Öffentlichkeit ein Recht auf gerichtliche Aufklärung hat. Die bisherigen Erklärungen Schröters, dass widerspenstige Mitglieder des mit "Gestapomitteln arbeitenden" Untersuchungsausschusses in Bonn entsprechende "Anweisungen" bekommen hätten und daß ein Minderheitsgutachten der CDU-Mitglieder nicht beachtet worden sei, reichen zur Widerlegung der Feststellungen des Untersuchungsberichtes so wenig aus wie die Versicherung, daß das Parteigericht der schleswig-holsteinischen CDU die Sache geprüft und in Ordnung befunden habe. Die Schwere des Falles läßt nur eine Alternative zu: nämlich die Bestrafung der Schuldigen und ihre politische Ausschaltung, und zwar entweder der drei Beschuldigten wegen Untreue und Erpressung oder der bösgläubigen Untersuchungsführer wegen verleumderischer Beleidigung und Denunziation."

Das ist gewiss, an dieser Stelle vermerkt, sehr bemerkenswert. - Zurückhaltender, nur ganz kurz, aber immerhin kritisch, schreibt das "Sonntagsblatt" in Hamburg:

"Die CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein verließ bis auf weiteres den Landtag, nachdem die SPD dem Vorsitzenden der CDU, Dr. Schröter, einen schweren Korruptionsskandal angehängt hatte. Es hat den Anschein, als ob die erhobenen Vorwürfe nicht ganz zu Unrecht bestehen. Die Verhandlung wird es zeigen." - Offenbar erscheint also das Verhalten der drei CDU-Abgeordneten des Landtags von Schleswig-Holstein, Carl Schröter, Dr. Emcke und Willi Koch, auch sehr guten Freunden der Partei untragbar. Das allein sollte eigentlich schon genügen.